

Die soziale Erneuerung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.¹⁾

Von Hedwig Wachenheim.

Die Mitarbeiter der Zeitschrift „Soziale Erneuerung“ sind fast alle Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei; einer, der seine Parteilosigkeit besonders betont, ist Mitarbeiter der Hugenbergschen Scherl-Presse. Die Zeitschrift ist erfüllt von einem wilden Haß gegen jegliche Sozialpolitik. Sie zeugt vom Haß der Unternehmer gegen den republikanischen Staat, der von ihnen verlangt, daß sie Abgaben leisten, die dem Kampf gegen die Verelendung dienen. Sie zeugt vom Haß gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die dem Ausbeutungsverlangen der Unternehmer Zügel angelegt haben. Selten haben wir noch ein so wüstes Dokument des Klassenkampfes vor Augen bekommen wie diese Zeitschrift. Sie arbeitet mit den übelsten Mitteln der Demagogie, sie strotzt von falschen Anklagen und verlogenen Bildern einer Zukunft ohne Sozialpolitik. Mit demselben Haß wie Republik und Sozialdemokratie verfolgt sie jeden, der ihren Parteistandpunkt nicht teilt: Tatkreise, christliche Gewerkschaften, Schleicher, Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.

Wir geben nur ein Beispiel für die unerhörte Demagogie. So heißt es (S. 131): „Es bleibt übrigens ein Rätsel unserer Zeit, daß von hohen Lehrstühlen Männer wie z. B. Brentano und Werner Sombart, um zwei der verhängnisvollsten zu nennen, im Namen der Wissenschaft ihre falschen und zerstörenden Lehren verbreiten können.“ Es wird dabei verschwiegen, daß die Hauptlehrtätigkeit der beiden Gelehrten in die Zeit des Kaiserreichs fällt. Der Verfasser — ein weithin unbekannter Wilhelm Rehm — sagt von dem, was beide gelehrt haben: „Es ist die Ansicht von Leuten, die nicht fähig sind, die lebenswichtigen Grundlagen des Einzelmenschen und des Volkes überhaupt zu kennen, geschweige denn sie zu werten.“

Herr Hartz behauptet, die Lösung aller organischen Bindungen des Volkslebens (S. 2) käme von der individualistischen Theorie, die in den Sozialismus gemündet sei. In Wahrheit hat ein Jahrhundert vor der Entstehung der deutschen Republik bereits der Kapitalismus die organische Bindung der Gesellschaft gelöst. Der Sozialismus hat diese Fundamente nicht zerstört, sondern dem Arbeiter überhaupt erst wieder ein menschliches Leben gezeigt, menschliche Bindungen für ihn geschaffen durch Einschränkung der Arbeitszeit, auch der von Frauen und Kindern, durch Besserung der sozialen Lebensbedingungen und kulturelle Arbeit ein Familienleben der Arbeiter erst möglich gemacht, der Arbeiterklasse soziale Bindung neu gegeben und sie in den Staat eingereiht.

Unter dem Titel „Das Notwendigste“ behandelt ein Fritz Hammesfahr (S. 114) volkswirtschaftliche Probleme und in nicht zu überbietender Gemütslosigkeit die Lage von Unternehmern und Arbeitern wie folgt:

„Die Volkswirtschaft besteht aus selbständigen und unselbständigen Wirtschaftlern. Die Hauptunterschiede zwischen beiden bestehen darin, daß die ersteren arbeiten, die letzteren Anstellung suchen, daß die

¹⁾ „Soziale Erneuerung“, unabhängige Zeitschrift für Nationalwirtschaft und organische Sozialpolitik, Herausgeber Dr. Bang, Gustav Hartz, Dr. med. Erwin Liek. Verlag: Soziale Erneuerung, Stuttgart

ersteren alles Risiko, namentlich das Risiko des Verkaufs, übernehmen, und daß sie allein mit ihrem Vermögen haftbar und verantwortlich sind für das Gedeihen und die Rentabilität der gemeinsamen Arbeit; daß die Unselbständigen hingegen keinen Anteil an irgendwelchen Verlusten zu tragen haben. Ihr Ziel ist sorgenfreies Unterkommen, und das einzige Risiko, das sie laufen, ist der Verlust ihrer Stellung“²⁾.

Weiter erklärt Hammersfahr, jeder Betrieb sei eine Wirtschaftsstelle für sich und darum ein allgemein gültiger Lohn- und Arbeitszeittarif unerträglich. Auch hier baut die Behauptung auf falschen Angaben auf. Es wird dem Leser verschwiegen, daß die Betriebe längst untereinander vertraut sind und der freie Preis in den meisten Industrien nahezu nicht mehr vorhanden ist. Schon ehe das moderne Tarifvertragsrecht bestanden hat, haben sich die Unternehmer untereinander über ihr Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft geeinigt.

Zur Erläuterung der Weltanschauung des Verfassers und der Zeitschrift zitieren wir aus demselben Aufsatz (S. 118):

„Ungleichheit ist Notwendigkeit! — Armut ist keine Notwendigkeit, aber der Reichtum darf nicht gleichmäßig verteilt sein. Es muß Leute geben, die mehr ausgeben können als andere. Der Luxus ist Notwendigkeit! Die Bedürfnisse, die über das normale Durchschnittsmaß hinausgehen, sind es, die rentable Arbeit schaffen. Die Reichen sind es, die automatisch ihren Reichtum über das Volk verteilen. Die Beseitigung der Reichen ist Arbeitsvernichtung, Selbstvernichtung, Staatsvernichtung.“

In der Zeitschrift tritt auch Herr Quaatz — jetzt Rechtsanwalt, früher Syndikus der Handelskammer Essen, Deutschnationaler Reichstagsabgeordneter —, dem das Bündnis mit den Nationalsozialisten besonders gut zu Gesicht steht, auf:

„Wird der Lohn zu hoch getrieben und verzehrt er zusammen mit der Steuer das Zinseinkommen, so bedeutet das die Aufzehrung des Betriebskapitals und der Reserven der Volkswirtschaft, also Arbeitslosigkeit.“ (Seite 86.)

„Wir müssen einen ganz anderen Weg einschlagen, und dieser Weg wäre uns niemals unklar geworden, wenn der Nebel des Sozialismus sich nicht über das deutsche Volk gelegt hätte. Wir müssen mehr produzieren, dann kann jeder besser leben!“ (Seite 87.)

Es ist alles schrecklich einfach; wenn wir mehr produzieren, können wir besser leben. Aber bisher haben die Arbeiter nicht das Geld, die erhöhte Produktion abzunehmen.

Ueber die Sozialpolitik äußert sich Herr Klußmann (S. 107):

„Der Irrtum des Zeitalters, in welchem wir das Vergnügen haben zu leben, heißt ‚Sozialversicherung‘ oder besser noch ‚soziale Fürsorge‘, weil in diesem Wort schon leise anklingt, was die Sozialversicherung schließlich geworden ist, nämlich eine Einrichtung, die dem Menschen gestattet, andere für sich arbeiten zu lassen.“

Klußmann erzählt dann weiter, wie der Historiker Seeck in der „Geschichte des Untergangs der antiken Welt“ nachgewiesen habe, daß, wenn bei einem Volk die Empfindung des Niederganges lebendig werde, sich in ihm ein Trieb zur Selbstvernichtung rege. Er fährt dann wörtlich fort:

²⁾ Von uns gesperrt. D. Red.

„Auch wir, unser deutsches Volk, das sich im Kriege noch als so überaus stark erwiesen hat, scheint den Drang zur Selbstvernichtung in sich zu tragen, und das Mittel, das ihm dazu dient, ist seine Sozialversicherung. Bei jedem Volke kommen gewisse Einrichtungen vor, die nicht ganz zweckmäßig sind und die Mängel aufzuweisen haben; aber bei keinem Volk der Erde gibt es und hat es wohl je eine Einrichtung gegeben, die sich unserer Sozialversicherung, wie wir sie heute haben, was ihre zerstörende Wirkung auf den Volksorganismus anbetrifft, an die Seite stellen könnte.“

Herr Klufmann, der wie die meisten Verfasser in der „Sozialen Erneuerung“ in neuen Aufsätzen immer wieder dasselbe schreibt, erzählt in einem Aufsatz: „Die übertriebene Sozialversicherung und die Bolschewisierung des deutschen Volkes“ (S. 145), die Sozialversicherung sei wie der Krebs; erst wenn man sie herausgeschnitten habe, werde Leben des Kranken wieder möglich. Wie der Krebs auf den Menschen, der sich von der Natur abgewandt habe, so setze sie sich nur auf ein Volk, das sich von der Natur abgewandt hat. Wörtlich:

„Man hat das Natürliche durch Unnatur und Künstliches, das Einfache durch das Komplizierte zu ersetzen versucht, den Sparsinn durch die Liebe zur Rente, die Freude an der Arbeit durch die Hoffnung auf Unterstützung, den Gesundheitswillen durch das Vertrauen auf das Krankengeld.“ Die deutsche Sozialversicherung ruht auf einem falschen Fundament, sie ist ein einziger großer Irrtum, denn sie geht von falschen Voraussetzungen aus, einmal der, daß die Menschen alle gleich seien, und der zweiten, daß der Mensch ausschließlich sittliche und verantwortungsbewußte Persönlichkeit sei, und sie geht an der Tatsache vorbei, daß jeder Mensch eine Doppelnatur in sich trägt, daß er auf der einen Seite sittliche Persönlichkeit, auf der anderen aber dem animalischen Triebleben unterworfen ist.“

Klufmann plaudert weiter, die Sozialversicherung sei die seelische Vorbereitung zur Welt des Bolschewismus. Statt der eigenen Vorsorge trage die Fürsorge dazu bei, daß ein kleinlicher, auf den Vorteil des Tages bedachter Mensch, der im Genuß des Augenblicks Ziel und Zweck des Lebens sieht und dem der dem nordischen Menschen eigene auf ferne Ziele gerichtete Sinn nach und nach verlorengelange, sich herangebildet habe.

Wenn es schon Herr Klufmann nicht weiß, dann müßte es doch Herr Quaatz wissen, daß die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise in Amerika genau so schrecklich wüten wie in Deutschland. Amerika aber kennt einmal kaum eine Sozialdemokratie, kaum den Marxismus, es kennt kein sogenanntes Novemberverbrechen und auch keine Sozialpolitik, keine staatliche Lohnpolitik, keine Sozialversicherung, keine staatliche soziale Fürsorge. Es gibt also auch Not ohne „Novemberverbrecher“, „System“ „Marxismus“. Die sogenannte nationale Regierung Englands hat die englische Arbeitslosigkeit so wenig beheben können wie der Fascismus die italienische. Die Wirtschaftskrise ist die Folge des kapitalistischen Systems und nicht die Folge der Mittel, die den Arbeiter im kapitalistischen Staat schützen sollen.

Die nationalen Mitarbeiter der „Sozialen Erneuerung“ genießen sich nicht, zu behaupten, die Franzosen hätten gesagt, sie könnten uns die Reparationen nicht erlassen, weil wir eine so kostspielige Sozialversicherung hätten wie kein anderer Staat der Welt (Seite 108/109). Gegen die

Arbeiterschaft rufen die „nationalen“ Männer Frankreich an. Auf einmal ist die Reparationsforderung gerechtfertigt, wenn man mit ihr gegen die Sozialpolitik losgehen kann.

In der ganzen Zeitschrift wird es so dargestellt (siehe auch dazu die Besprechung einer Schrift von Hugenberg auf Seite 158), als ob jeder Arbeiter selbst sparen könne und sich Eigentum und Schätze für die Zeit, in der er nicht arbeiten könne, sammeln könnte, wenn nur nicht die Sozialversicherung den Spartrieb zerstören würde. In Wirklichkeit hat der Arbeiter in seinem heutigen Arbeitsverhältnis diese Sparmöglichkeit nicht und muß darum von Staats wegen geschützt werden. Es ist auch unwahrhaftig, wenn Liek als allgemein gültiges Beispiel anführt, wie er selbst als Lehrerssohn schlecht beim Studium gelebt habe und nun so reich sei, daß er ein Kinderheim bauen könne. Es wird ja nicht bestritten, daß ein paar Menschen sowohl im Wirtschaftsleben wie in freien Berufen aufsteigen können. Für die breite Masse ist dazu kein Raum, und darum beweist das Beispiel nichts für die Gesetzgebung.

Was die Zeitschrift fordert, geht aus den angeführten Kampfworten hervor: die Abschaffung des Tarifvertragsrechts, die Abschaffung der Sozialpolitik, die Abgrenzung der sozialen Fürsorge. „Keine halben Maßnahmen“, ruft Herr Hertz (S. 42). Gesellschaftliche Bestimmungen dürfen wirtschaftliche Aufgaben den Betrieben nicht abnehmen, denen diese Aufgaben zustehen, sagt Herr Rehm (S. 57). Der Betrieb hat zu schaffen, der Haushalt zu verbrauchen, der Staat darf sich nicht einmischen. So geht es weiter. „Mehr Arbeit, weniger Lohn.“ Leistungslohn fordert Herr Quatz (S. 86), und schließlich ruft begeistert Herr Klußmann:

„Und war es nicht eine weise Einrichtung, daß ein solcher Mensch von der Bekleidung öffentlicher Aemter ausgeschlossen war?“³⁾

Die „Soziale Erneuerung“ verfolgt nicht nur den Marxismus mit giftigem Haß, sondern auch das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften, genau wie die Beamten des Reichsarbeitsministeriums (siehe „AW.“ S. 141). „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften in Berlin, wird „Schwarze Lügenfahne“ genannt. Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten wird angedeutet, er sei von der preußischen Regierung subventioniert.

Der evangelische Volksdienst ist eine evangelische Arbeitnehmergruppe, zu der christliche Gewerkschaften gehören, die früher deutschnational waren; seine Führer sind im Jahre 1930 aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Damals schrieb der Abgeordnete Hartwig über Hugenberg:

„Bis heute, nach 1½ Jahren, ist es uns in keinem Falle und zu keiner Zeit gelungen, mit ihm eine Frage der deutschen Sozial- oder Arbeiterpolitik zu besprechen, abgesehen von seinem lebendigen Interesse für das reaktionäre Hartzbuch.“

Während die früheren Parteiführer Hergt und Westarp mit ehrlichem Willen bemüht waren, überall in den Parteiorganisationen auch die Arbeiterschaft an der Führung zu beteiligen, während auch sie Wert darauf legten und mit großem Nachdruck in den Landesverbänden darauf drängten, daß bei den Wahlen zum Reichstag, zu

³⁾ Vor der Revolution hatte der Empfänger öffentlicher Unterstützungen kein Wahlrecht. Er ist mit „solcher Mensch“ gemeint.

den Länder- und Kommunalparlamenten auch die Arbeiterschaft an aussichtsreichen Plätzen und in genügender Zahl berücksichtigt würde, hat Herr Hugenberg uns bisher noch nicht einmal Gelegenheit gegeben, diese Dinge mit ihm zu beraten. Während seiner Parteiführerschaft ist die Arbeiterschaft aus einem Länderparlament nach dem anderen verschwunden.“ („Germania“ vom 19. Dezember 1929.)

Der evangelische Volksdienst hatte (S. 64) an die „Soziale Erneuerung“ geschrieben:

„Weg und Ziel Ihrer Zeitschrift vertragen sich nicht mit dem Volksdienstgedanken. Ihre Annahme der gleichlaufenden Ansichten ist ein Fehlschluß. Der Inhalt Ihrer unabhängigen Zeitschrift ist zweckbestimmte Propaganda.“

Die Antwort der „Sozialen Erneuerung“ schließt:

„Entschuldigt, wenn wir Euch zu hoch einschätzten. Aber wir nahmen an, daß Ihr ‚christlich-sozial, nicht aber christlich-sozialistisch‘ wäret.“

Auch die Nationalsozialisten werden von der „Sozialen Erneuerung“, ohne daß immer ihr Name genannt wird, angerempelt. So heißt es über sie, einer der schlimmsten Irrtümer unseres geistig wurzellos gewordenen Geschlechts seien die gemeinwirtschaftlichen Ideologien, die fälschlicherweise aus der germanischen Rechts- und Wirtschaftsentwicklung begründet, in Wirklichkeit ein asiatisches Gewächs seien, das nur beweise, wie die starke slawische Blutmischung deutsches Denken und Empfinden gestört habe (S. 7).

Es heißt dann (S. 11):

„Auf der ersten nationalsozialistischen Versammlung, die ich besuchte, sprach über Sozialpolitik ein Redner, dem man besondere Kenntnisse auf diesem Gebiet nachsagte. Was er vorbrachte, war unmöglich. ‚Die Invalidenrente‘, so sagte er z. B., ‚beträgt im Durchschnitt nur 30 Mark monatlich, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Wenn wir Nationalsozialisten die Macht ergreifen, erhöhen wir die Invalidenrente auf 100 Mark monatlich‘. Sehr schön, aber ich, der Zuhörer wußte, daß damals (vor 2½ Jahren) die Invalidenversicherung schon sehr, sehr wacklig war.“

Im übrigen haben die Nationalsozialisten auch diese Ankündigungen nicht erfüllt, nachdem sie an die Macht gekommen sind.

Und es geht weiter (S. 35):

„Es gehört zu den bedauerlichsten Zeichen des moralischen Verfalls innerhalb der Führung der nationalsozialistischen Bewegung, daß man um der Aufstachelung der Massen willen auch hier das Schlagwort von der sozialen Reaktion hinausposaunt und damit den Widerstand gegen Maßnahmen entfacht, deren endlicher Erfolg zuerst der Arbeiterschaft zugute kommt.“

Zur Nazithese „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wird gesagt: „Beide Begriffe stehen sich grundsätzlich gegenüber und schalten einander aus.“ Sie wird bei Hugenberg abgewandelt in das sehr bezeichnende „Eigennutz schafft Gemeinnutz“. Unter deutlicher Anspielung auf den Nationalsozialismus hat Herr Bang, jetzt Staatssekretär im Wirtschaftsmini-

sterium, auf der Reichsführertagung der Deutschnationalen Volkspartei am 26. Juni 1932 gesagt:

„In der Bibel steht ein hartes Wort: Ihr habt meinen Namen stinkend gemacht vor den Heiden. Das hat der Marxismus mit seinem Schlagwort Sozialismus getan. Es ist niemand, kein noch so hervorragender Mensch und keine noch so starke Bewegung imstande, den Begriff Sozialismus wieder wohlriechend zu machen.“

Man möchte sich danach den Staatssekretär Bang bei einer Sitzung des gegenwärtigen Reichskabinetts vorstellen.

Den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband befiehlt die „Soziale Erneuerung“ in einem Sonderheft „Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband als nationalpolitischer Störenfried“ eines anonymen Verfassers. Es schließt mit dem Appell an die gegenwärtigen Führer des Verbandes:

„Abtreten! Bechly, Habermann, Lambach und Konsorten, Männer mit einwandfreiem nationalpolitischem Willen an die Front.“

Dem Verband wird vorgeworfen, er habe einen „pathologisch gesteigerten Haß“ gegen Hugenberg und seine Mitarbeiter. Er habe den Dawes-Plan auf dem Gewissen und habe die Politik Stresemanns mitgemacht. Eine „schamlosere, nichtsnutzigere und negativere“ Opposition als die des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und des Zentrums gegen Papen habe es in Deutschland niemals gegeben. Es seien „Lakaiendienste“ eines „evangelischen Angestelltenführers“, die die „hauchdünne Herrschicht“, die den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband regiert, den „gerissenen katholischen Zentrumspolitikern“ leiste.

Zu diesen Kämpfen gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband ist, das geht aus der Broschüre hervor, die Mitwirkung des Verbandes bei den Versuchen, eine Front Straßer-Brüning-Sozialer Volksdienst-Deutsche Volkspartei unter Schleicher ohne Hugenberg zustande zu bringen, der Anlaß. — Der Versuch ist mißlungen.

Das Wort Straßers im Reichstag von der „antikapitalistischen Sehnsucht“ hatte auch bei manchem Parteigenossen, die offenbar nie etwas von dem, was Straßer geschrieben hat, gelesen haben, den Eindruck erweckt, daß mit den Nazis soziale Politik zu machen sei. Wer die Schriften von Straßer kennt, weiß, daß das ein Irrtum ist. Auch die „Soziale Erneuerung“ bestätigt, daß Straßer die Sozialpolitik Hugenbergs begeistert begrüßt (S. 63) und die Hoffnung ausgesprochen habe, daß sich die benachbarten politischen Gruppen auch zu sozialen Dingen zu einer Einigung zusammenfinden werden. Auch sind die Akten Straßer geschlossen. Er hat aus der Politik verschwinden müssen. Die Broschüre der deutschnationalen „Sozialen Erneuerung“ gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband bestätigt, was wir schon gewußt haben: Straßer hat weichen müssen, weil er eine Koalition mit dem Zentrum versucht hat gegen Hugenberg. Offenbar hatten die Deutschnationalen die Geldmänner der Nazis auf ihrer Seite. Das Spiel der Deutschnationalen ist vorläufig gelungen, die „nationale Front“ gegen Gewerkschaften und Sozialpolitik ist hergestellt. Die Nazis sitzen mit den Deutschnationalen in einer Koalition. Ihre Sozialpolitik ist also die der „Sozialen Erneuerung“.